

REDE

DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,

BUNDESKANZLERIN DR. ANGELA MERKEL,

AM 4. MAI 2009

„60 JAHRE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

UND 20 JAHRE MAUERFALL – ERINNERUNGEN UND AUSBLICK“

IM DEUTSCHEN THEATER, BERLIN

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font, set against a light gray rectangular background.

Anrede,

Wir feiern sechzig Jahre Recht und Freiheit in der Bundesrepublik und wir feiern fast zwanzig Jahre Einigkeit und Recht und Freiheit für alle Deutschen.

Ja: Wir feiern geglückte Geschichte.

Wir feiern deutsches Glück.

Wir feiern unser Grundgesetz. Wir feiern die Menschenwürde. Wir feiern eine der besten Verfassungen der Welt und ganz sicher die beste, die wir in Deutschland je hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir feiern einen historischen Glückszustand: Wir leben in Freiheit und mit uns alle unsere Nachbarn. Seit fast einer Generation sind wir rund um unser Land umgeben von Freunden, von freien Freunden. Das hat es noch nie gegeben! Es ist so selbstverständlich für uns wie es in der langen deutschen Geschichte ein historischer Ausnahmezustand ist. Es ist vollkommen undenkbar geworden, dass es irgendetwas geben könnte, das mit unseren Nachbarn nicht friedlich zu klären wäre. Das ist für uns ein großes Glück – für uns alle. Wir dürfen sicher sein, dass unsere Nachbarn dieses Glück mindestens ebenso groß empfinden wie wir. Das Glück unserer Nachbarn ist unser Glück. Und das ist europäisches Glück.

Uns allen ist bewusst, dass im Namen unseres Volkes bis 1945 unser Kontinent überfallen und verwüstet wurde. Befreit von den Alliierten: USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion. Danach begann die Zeit des Kalten Krieges. Die Bedrohung war mit dem Untergang des Nationalsozialismus längst nicht für alle unsere Nachbarn beendet. Das Glück unserer Nachbarn ist auch deswegen unser Glück, weil die deutsche Selbstbefreiung vom Kommunismus kaum gelungen wäre, wenn es nicht in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern ebenso mutige Befreiungsbewegungen gegeben hätte.

Wenn wir heute ein deutsches Doppeljubiläum feiern, dann tun wir dies in doppelter Dankbarkeit. Wir danken den westlichen Verbündeten, dass sie Deutschland wieder in die Völkerfamilie aufgenommen haben und dabei halfen, eine neue demokratische Ordnung zu schaffen – und zu schützen. Und wir danken den Völkern in Osteuropa, dass sie uns halfen, friedlich das Joch der sowjetischen Diktatur abzustreifen und den Eisernen Vorhang zu durchbrechen. Wir danken amerikanischen Piloten und polnischen Werftarbeitern – um nur

zwei Gruppen zu nennen. Hätten sie nicht ihr Leben eingesetzt, könnten wir uns heute hier nicht versammeln.

Heute vor sechzig Jahren war diese Stadt von der Welt abgeschnitten. Heute vor sechzig Jahren blockierten sowjetische Panzer den Zugang zu Berlin. Die Menschen hungerten und froren. Heute vor zwanzig Jahren lag dieses Theater im Schatten der Berliner Mauer. Das Deutsche Theater war der Ort wunderbarer Aufführungen. Ich selbst war sehr häufig hier und erinnere mich an wunderbare Shakespeare-Inszenierungen, die immer auch vor dem politischen Hintergrund betrachtet wurden, die zu Zwischenapplaus an Stellen führten, die wir heute fast gar nicht mehr verstehen würden. Aber: Wer heute vor zwanzig Jahren an dieser Stelle eine missliebige Meinung äußern wollte, der konnte eingesperrt und misshandelt werden.

Die Freiheit sollte in die Knie gezwungen werden. Es ist nicht gelungen. Heute wissen wir: Die Freiheit hat ihre Feinde in die Knie gezwungen.

Das feiern wir heute.

Wir feiern die Menschen, die unsere Freiheit ermöglicht haben.

Aber mit unserer Veranstaltung heute geht es uns nicht einfach um einen Blick zurück. Die Botschaft dieser Feierstunde lautet: Wir wollen aus der Erinnerung Kraft für die Zukunft ziehen. Wir alle erinnern uns: 1945 lag Deutschland am Boden – als Staat, wirtschaftlich, sozial, kulturell, moralisch. Nichts, was Deutschland heute ausmacht, war damals zu erwarten: Weder Einheit in Freiheit, weder Demokratie noch Rechtsstaat, und erst recht keine Partnerschaft auf Augenhöhe in Europa und der Welt.

Trotz aller Glücksfälle in diesen 60 Jahren ist die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik vor allem ein Ergebnis von richtigen Weichenstellungen zur richtigen Zeit. Sie ist das Verdienst von vielen Menschen, die in entscheidenden Momenten Verantwortung für unser Land übernommen haben – in der Politik, in der Wirtschaft, in Wissenschaft und Kultur.

Und sie ist das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger, die Weichenstellungen nicht nur mitgetragen, sondern auch vorangetrieben haben. Wir Deutschen haben unsere zweite Chance, wie der Historiker Fritz Stern die Bundesrepublik genannt hat, genutzt. Der Anfang war schwer. Deutschland lag in Trümmern. Das Land war geteilt. Die Menschen litten in beiden Teilen Deutschlands bittere Not.

Auch für die CDU war der Anfang alles andere als leicht: Die ersten Gründungsmitglieder in Berlin, wie Andreas Hermes, kamen in Häftlingskleidung. Andere hatten in Gefängniszellen, in Luftschutzkellern und Schützengräben gelitten. Sie alle einte eine große Idee: Die Idee einer Volkspartei, die soziale und konfessionelle Gräben überwindet, einer Volkspartei, die Gemeinschaft stiftet. Die nicht der Arm einer Klasse oder einer Gruppe ist. Sie wollten eine Partei, die auf der Basis des christlichen Menschenbildes und festen Grundwerten Politik für die Menschen in Deutschland macht. Eine Partei, die für Frieden, Freiheit und Wohlstand kämpfte. Das war der Gründungsimpuls unserer Partei. Das war unsere Stärke und das bleibt auch unsere Stärke in der Zukunft.

Es war die historische Leistung von Konrad Adenauer, zu erkennen, dass es für Deutschland nur eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand geben kann, wenn es sich für die Westbindung, für Demokratie und Marktwirtschaft entscheidet. Dies hat er gegen erbitterte Widerstände und tiefe Zweifel durchgesetzt. Es gehörte Mut dazu, 1950 zum Gründungsparteitag der CDU Deutschlands nach Goslar zu fahren, das damals ganz dicht an der Sowjetischen Besatzungszone lag, und zu sagen: Ja, ich muss auf die deutsche Einheit warten, bis sie in Frieden und Freiheit geschehen kann. Und am Ende es ist gelungen.

Konrad Adenauer hatte für seinen Weg einen klaren Kompass. Diesen hat er in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler 1949 so beschrieben: *„Unsere ganze Arbeit wird getragen sein von dem Geist christlich-abendländischer Kultur und von der Achtung vor dem Recht und vor der Würde des Menschen. Wir hoffen – das ist unser Ziel – dass es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärts zu führen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“*

Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes. Dieser Kompass von Konrad Adenauer ist bis heute der Kompass der CDU. Er war und bleibt Richtungsgeber für alle grundlegenden Weichenstellungen der Bundesrepublik. Unser Grundgesetz, unsere Verfassung trägt genau diese Handschrift. Das Fundament, der erste Satz des Grundgesetzes, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik – Zitat: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“* Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten.

Dieser erste Satz des Grundgesetzes ist gleichzeitig der Kerngedanke der Auseinandersetzung mit dem düstersten Kapitel unserer Geschichte, mit dem Nationalsozialismus, und die wichtigste Lehre daraus: Die Würde des Menschen zu achten

und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Dies war die Lehre aus den Schrecknissen des Nationalsozialismus. So konnte die Bundesrepublik wieder Brücken in die Welt bauen, und ausgestreckte Hände ergreifen. Mit Frankreich bei den bewegenden Treffen von Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, mit David Ben-Gurion, der schon in den frühen fünfziger Jahren auf Deutschland zuging. Die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und das Einstehen für das Existenzrecht Israels sind wesentlicher Bestandteil unserer Staatsräson.

Die zweite wichtige Weichenstellung für die Erfolgsgeschichte unseres Landes war die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit und Sicherheit, Wettbewerb und Solidarität, schöpferische Dynamik mit Gemeinsinn. Die Väter dieses Prinzips wussten: Der freie Markt ist ein unersetzliches Instrument, um Wohlstand zu schaffen. Aber er ist wertblind. Deshalb setzt die Soziale Marktwirtschaft auf den Staat als Hüter der Ordnung. Die Soziale Marktwirtschaft gab den Menschen den Rahmen, sich mit ihren eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entfalten, durch ihren Fleiß Wohlstand für uns alle zu schaffen.

Gelebte Freiheit in einem vom Staat geordneten Wettbewerb, das ermöglichte nicht nur das „Wirtschaftswunder“ in der alten Bundesrepublik. Das war auch ein Anziehungspunkt für die Menschen in der früheren DDR. Auch sie sehnten sich nach Freiheit und Wohlstand. Das SED-System hat versucht, diese Sehnsucht mit Mauern Stacheldraht zu stoppen. Es hat die Freiheit und die persönliche Entfaltung des Einzelnen mit allen Mitteln unterdrückt. Aber es hat es niemals vermocht, den Glauben der Menschen an die Freiheit auszulöschen.

In den Familien und Freundeskreisen wurden die uns wichtigsten Werte gelebt. Es waren die kleinen Freiheiten, die das Feuer der großen Freiheit am Leben erhielten und 1989 die friedliche Revolution ermöglichten. Sie gehört zu den großen und glücklichen Stunden unserer Geschichte. Sie ist das Ergebnis von menschlichem Mut und dem gesamtdeutschen Glauben an Freiheit.

Helmut Kohl hat 1989 die Gunst der Stunde genutzt. Er konnte das, weil er bei unseren Partnern Vertrauen in unser Land geschaffen hatte. So sagten George Bush, Michail Gorbatschow, Margaret Thatcher und François Mitterand „Ja“ zum geeinten Deutschland, einem geeinten Deutschland in Frieden und Freiheit, einem geeinten Deutschland als Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Das ist Helmut Kohls historische Leistung. Er ist der Kanzler der Einheit. Und dafür danken wir ihm von ganzem Herzen.

Ein herzlicher Dank gilt aber auch Lothar de Maizière, der mit seiner ersten frei gewählten Regierung der DDR die Weichen für die Wiedervereinigung stellte. Es waren damals viele Entscheidungen zu treffen, von denen ich nur eine herausgreifen möchte: die Wiedereinführung der Länder und der kommunalen Selbstverwaltung in der DDR. Dies war ein ganz wesentlicher Schritt, damit die Bürgerinnen und Bürgern die Identität ihrer Heimat wieder erfahren und leben konnten, und daraus hat sich viel zusätzliches Selbstbewusstsein entwickelt. Lieber Lothar de Maizière, ein herzliches Dankeschön für Deine Arbeit.

Ja, wir haben in den vergangenen sechs Jahrzehnten gemeinsam viel erreicht. Über 70 Prozent der Bevölkerung sagen nach einer neuen Umfrage, dass sie sich mit Deutschland verbunden fühlen, weil „mein Herz an Deutschland hängt“. Fast 60 Prozent der Menschen sagen, sie sind stolz Deutsche zu sein. Ich finde, eine gute Grundlage, neue Herausforderungen im 21. Jahrhundert genauso zu bestehen wie die, die schon bestanden wurden.

Und diese Herausforderungen gibt es am Beginn des 21. Jahrhunderts genug, verstärkt durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir stehen heute wieder und erneut vor einer historischen Weichenstellungen. Manchmal erschien uns nach dem Ende des Kalten Krieges der Weg geebnet, es ist nicht so, unsere Generation muss wieder mutige Entscheidungen treffen.

Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass wir Deutsche seit den 70er Jahren immer wieder über unsere Verhältnisse gelebt haben. Obwohl der Wohlstand ständig zunahm, stiegen die Staatsschulden kontinuierlich an. Es wurden Wechsel auf die Zukunft ausgestellt auf Kosten der kommenden Generationen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges Ende der achtziger Jahre und dem Untergang der Sowjetunion lösten sich die beiden großen politischen Blöcke auf. Viele Länder nutzten die Freiheit, um ihren Wohlstand zu erhöhen. Die Vernetzung der Welt und die gegenseitigen Abhängigkeiten nahmen dramatisch zu. Befördert durch die neuen technischen Möglichkeiten wie die Informationstechnologie und das Internet. Sie machen jede Information an fast jedem Ort der Welt zugänglich. In diesem Umfeld stiegen der Umfang und die Verselbständigung der Finanzdienstleistungen dramatisch an, ohne dass sie ausreichend gegen Risiken geschützt waren. Man sträubte sich sogar gegen solche Regelungen, weil es das Ausmaß des Wachstums beschränkt hätte.

Auf den Finanzmärkten kam die begrenzende Ordnung abhanden. Oder um es anders zu sagen: Die Akteure der globalen Finanzmärkte operierten nicht in einer Ordnung der

Sozialen Marktwirtschaft. Bindungen ihrer Freiheit waren unzureichend oder gar nicht existent. Wer aber die Freiheit des Marktes verabsolutiert, tut der Marktwirtschaft keinen Gefallen: Diese Erkenntnis stand am Anfang der Sozialen Marktwirtschaft vor über sechzig Jahren.

Der Markt bedarf einer staatlichen Ordnung. Der Weg aus der Krise ist nur mit einer Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft möglich. Er erfordert ihre Weiterentwicklung. Diese Aufgabe kann nur international bewältigt werden. Wir müssen eine globale Ordnung der Wirtschafts- und Finanzsysteme schaffen. Das ist eine der Lehren aus dieser Krise. Nur so können wir Vorsorge treffen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Der Anfang wurde in den letzten Wochen gemacht. Dieser Anfang macht Mut und bestärkt mich. Die ersten Schritte auf diesem Weg waren gute Schritte. In den Vereinbarungen, die wir als G20-Staaten getroffen haben, ist eine neue, bessere Ordnung angelegt. Wir fangen nicht bei Null an. Wir sind aber auch noch lange nicht am Ziel. Aber die Krise hat klar gemacht: Die Welt muss näher zusammenrücken. Und ich merke auch: Von uns Deutschen wird ein Beitrag erwartet. Weil wir für wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Frieden stehen. Weil wir eine friedliche Revolution und die Wiedervereinigung erlebt haben. Und wir Deutschen wollen einen Beitrag leisten, weil wir häufig in unserer Geschichte Hilfe erfahren haben.

Zuerst einmal haben wir auch national keine Anstrengung ausgelassen, um die Gefahren für das wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen einzugrenzen. Der Staat war gefragt. Und er hat gehandelt. Er hat angesichts ungewöhnlicher Umstände, in denen die Kräfte des Marktes versagt haben, handeln müssen. Dieses Staatsverständnis ist solange von uns gefordert, wie die Selbstheilungskräfte des Marktes es alleine nicht schaffen. Aber eben auch nur so lange – und keinen Tag länger.

Um es klar zu sagen: Die Bekämpfung der internationalen Krise ist eine nationale Herausforderung. Die Prognosen für unsere Volkswirtschaft – minus 6 Prozent in diesem Jahr, kaum Wachstum im nächsten Jahr – machen das Ausmaß dieser Krise deutlich. In 60 Jahren Bundesrepublik war der bisher größte Wachstumseinbruch Minus 0,9 Prozent. Deshalb geht es nicht einfach darum, die Krise irgendwie zu überstehen. In einer solchen Krise werden weltweit die Karten neu gemischt. Wir wollen vorne mit dabei sein, wenn es wieder aufwärts geht. Es geht also darum, stärker aus der Krise herauszukommen als wir hinein gegangen sind.

Notwendig ist eine nationale Kraftanstrengung. Der Staat alleine kann es nicht schaffen. Alle sind gefragt. Jeder an seinem Platz.

Der Bundespräsident hat es uns mit seiner jüngsten Berliner Rede ins Stammbuch geschrieben: Aus Fehlern lernen. Bescheidenheit. Verantwortung wahrnehmen. Die Zukunft im Blick haben. Es geht wieder einmal um die richtigen Weichenstellungen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Aufgaben für die nächsten Jahre. Dabei helfen uns - der Christlich Demokratischen Union - wieder unsere unverzichtbaren Werte.

Das Christliche Menschenbild erkennt die Einzigartigkeit jedes Menschen. Es ist ein Glück für unser Land, dass wir dieses Menschenbild in unserer Verfassung verankern konnten. Vielfalt ist menschlich. Darum muss unser Bildungssystem die Vielfalt der Begabungen und Talente zum Blühen bringen. Wir wollen die Menschen zu dem bilden, was sie sein können.

Eine der großen Herausforderungen unserer Zukunft ist es, unser Bildungssystem wieder zu einem der besten der Welt zu machen. Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen. Wir haben in den vergangenen Jahren soviel Geld in Wissenschaft und Forschung investiert, wie noch nie eine Regierung zuvor. Diese Politik trägt die Handschrift der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union. Wir haben zudem die Mittel des Konjunkturpaketes gezielt zu den Schulen und Hochschulen gelenkt.

Bildung ist allerdings nicht zuallererst eine Geldfrage. Bildung ist zuerst eine Frage der Werte. Hier steht uns die größere Aufgabe bevor. Wir müssen in unserem Land ein neues Verständnis schaffen für die Grundlagen unseres Glückes. Es ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr, dass Eltern ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dass ihre Kinder die beste Bildung erhalten. Hier, an dieser Stelle, entscheidet sich unsere Zukunft. Die Bildungsrepublik wird begründet in den Köpfen ihrer Bürger und zwar aller Bürger. Deshalb ist auch die Integrationspolitik Teil unserer Bildungspolitik. Jeder in diesem unserem Lande muss eine Chance bekommen. Und jeder in diesem Lande sollte sie auch nutzen.

Und dabei sollten wir an ein weiteres Jubiläum dieses Jahres denken: Wir feiern 200 Jahre Bildungsrepublik. Im Jahr 1809 wurde Wilhelm von Humboldt Kultusminister von Preußen, entwickelte den Königsberger Schulplan, bereitete die Gründung der Berliner Universität vor und formulierte einen Gedanken, der unser Land verändern sollte. Er machte die Bildung zum Staatsziel. Und er erkannte, wir müssen das Lernen lernen.

Das Lernen lernen! Das ist der Schlüssel zur eigenen Entfaltung, der Schlüssel zu einem glücklichen Leben und zu einem glücklichen Land. Daran wollen wir heute anknüpfen. Wilhelm von Humboldt lehrt uns noch mehr. Als er und die anderen Erneuerer, etwa Freiherr vom Stein, Graf Hardenberg und Gneisenau das Gemeinwesen neu gründeten, da war das Land tief verunsichert. Humboldt erkannte die Chance und ergriff sie. Er ist damit ein Vorbild für heute und für die nächsten Jahre. Wenn die Bundesrepublik wieder zu einer Bildungsrepublik wird, kommen wir stärker aus der Krise heraus als wir hinein gegangen sind.

Auch die beiden Jubiläen, die wir heute feiern, zeigen uns, wie Tatkraft und Leidenschaft aus Verunsicherung Zukunft schaffen. 1949 haben Adenauer und Erhard in einer Phase größter Verunsicherung das Land geformt. Sie gaben der Bundesrepublik Halt mit der Orientierung an den westlichen Demokratien und legten mit der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft die Grundlage für beispiellosen Wohlstand. 1989 befand sich die Welt in einer Phase größter internationaler Verunsicherung. Helmut Kohl hatte die Kraft und das Vertrauen in der Welt, um die Deutsche Einheit zu schaffen und die Europäische Einigung zu befördern. Es ist ein Glück, dass in diesen historischen Stunden unseres Landes eine Partei in der Verantwortung war, deren Handeln auf einem festen Wertefundament gründet.

Auch heute befinden wir uns in einer Phase, die viele Menschen verunsichert. Auch jetzt ist entschlossenes Handeln auf der Basis klarer Werte gefragt. Die Art, wie die Welt wirtschaftet, steht zur Debatte. Und wir, die CDU Deutschlands, haben dazu eine sehr klare Lösung. Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die Leistung belohnt, die Schwache schützt und Verantwortungslosigkeit bestraft. Diese Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die menschlichste Form zu wirtschaften.

Die Krise bedeutet für uns die Gelegenheit, unsere Erfahrungen mit der Welt zu teilen. Wir wollen das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zum Exportschlager machen. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Antwort auf die Ursachen der Wirtschaftskrise. Würden sich alle Volkswirtschaften an die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft halten, die Krise hätte erst gar nicht entstehen können. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Leistungsgerechtigkeit mit sozialer Verantwortung. Damit ist sie den menschenfeindlichen Staats-Planwirtschaften ebenso überlegen wie der risikoversessenen Zockerwirtschaft, bei der Verantwortungslose einzelne gewaltige Werte vernichten können. Wir kommen nur stärker aus der Krise heraus als wir hinein gegangen sind, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft zum Exportschlager machen.

Und für die Überwindung dieser Krise bedarf es eines zukunftsfähigen Verständnisses des Wirtschaftens, gerade im Finanzbereich – auch bei uns zu Hause. Ich erwarte von niemandem eine öffentliche Selbstkasteiung. Aber ich erwarte, dass Vorschläge, was wir aus dieser Krise lernen, nicht nur von der Politik und nicht nur vom Staat kommen. Ich erwarte die zehn, fünfzehn oder meinethalben fünfzig Schlussfolgerungen und Selbstverpflichtungen auch aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Dazu bedarf es nach meiner Auffassung eines öffentlichen Dialogs gerade auch innerhalb der Wirtschaft, zwischen der Finanzwirtschaft, dem Mittelstand, den Großen und den Kleinen. Die Einsicht, dass „Verdienst“ von „dienen“ kommt, wäre eine solche Möglichkeit.

Dabei dürfen nicht alle über einen Kamm geschoren werden. Ich will deshalb vielen Arbeitgebern und Arbeitnehmern „Danke“ sagen. Die vielen Gespräche, die wir führen werden von dem gemeinsamen Geist getragen, unserem „Land zu dienen“.

Ich will eine Gruppe besonders hervorheben, weil sie die Stärke unserer Sozialen Marktwirtschaft ausmacht und weil sie Besonderes zu leisten hat: den Mittelstand. Hier stehen Unternehmer mit ihrem privaten Vermögen für ihren Betrieb gerade. Diese Frauen und Männer denken in diesen Monaten gewiss nicht an Bonuszahlungen. Sie denken daran, wie lange ihr Ersparnis, ihr Vermögen ausreicht, um eine Durststrecke im Betrieb zu überstehen. Sie gehen an die eigene Substanz, um Arbeitsplätze, Produkte und Marktpositionen auch in schwierigen Zeiten nicht zu verlieren. Wir werden nur stärker aus der Krise herauskommen als wir hinein gegangen sind, wenn unser Schwerpunkt heißt: Politik für den Mittelstand, ob es um Bürokratieabbau geht oder steuerliche Erleichterungen. Es ist keine Zeit für Neiddiskussionen, sondern für Ermutigung für jeden in unserem Land.

Wenn wir die Krise überwinden wollen und dabei stärker werden, brauchen wir jeden und jede in unserem Land. Dafür werde ich werben; werben bei den gesellschaftlichen Gruppen, werben bei den Kirchen und werben bei den Medien. Die Krise ist nicht über Nacht entstanden, ihre Wurzeln liegen lange zurück. Die Lehre heißt: Wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben. Deshalb brauchen wir ein Leitbild wie wir in Zukunft leben wollen. Eine sich in Partikularinteressen auflösende Gesellschaft, eine sich teilende Gesellschaft in Arm und Reich. Ich sage dazu ein klares Nein. Wir brauchen eine neue „Kultur der Verbindlichkeit“. Der einzelne muss sich wieder zuständig fühlen für das Gelingen des Ganzen.

Dabei ist klar: Der Reichtum eines Landes darf nicht nur am Wachstum und der Quote der Erwerbstätigen gemessen werden, sondern muss sich auch an denen orientieren, die es

besonderes schwer haben und Wohlstand muss nachhaltig sein. Nicht Wachstum um jeden Preis, sondern nachhaltiges, qualitatives Wachstum. Das bedeutet ein Umdenken beim Umgang mit endlichen Ressourcen, z. B. Rohstoffen. Unser Land hat hier bereits vieles gelernt. Aber wer in den nächsten Jahren führend ist beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Optimierung der Prozesstechnik, bei der Neugestaltung der Wärmeversorgung, bei der Mobilität der Zukunft, der wird gestärkt aus der Krise hervorgehen. Deshalb müssen wir in diesen Bereichen unsere Anstrengungen verdoppeln.

Vor uns liegt eine dramatische Änderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft. Ihn so zu bewältigen, dass die junge Generation daran keinen Schaden nimmt, ist eine der großen Aufgaben unseres Jahrhunderts. Die internationale Krise führt uns diese Aufgabe noch einmal massiv vor Augen und zwingt uns zu entschiedenerem Vorgehen. Das heißt, wir werden den Kontakt der Generationen fördern, wie das heute durch Mehrgenerationenhäuser geschieht. Wir werden das Ehrenamt stärken und das lebenslange Lernen zur Selbstverständlichkeit machen. Wir werden die teilweise Spaltung der Gesellschaft in Einheimische und Migranten überwinden. Wir werden unsere Gesundheitsforschung verstärken. Und wir werden daran arbeiten, endlich ein umfassend familienfreundliches Land zu werden. Wir werden den Haushalt als Arbeitgeber weiterentwickeln, weil Pflege- und Dienstleistungsaufgaben in einer älter werdenden Gesellschaft an Bedeutung zunehmen.

Wir brauchen als ganze Gesellschaft ein Bewusstsein dafür, was wir wollen und was wir nicht wollen. Ein überschuldeter Staat wird auf Dauer nicht sozial sein können. Aber eine Begrenzung der staatlichen Ausgaben kann nur einhergehen mit einer klaren Beschreibung, wie wir die soziale Sicherheit erreichen wollen. Wir müssen die Kraft aufbringen es mehrheitsfähig zu machen, dass zuerst erarbeitet werden muss, was hinterher verteilt werden kann.

Wir müssen die Kraft aufbringen, uns von Neid zu befreien. Der erfolgreiche Unternehmer, der gut bezahlte Mitarbeiter, leistet viel für die Gemeinschaft. Wer viel verdient, zahlt auch viel Steuern, Sozialversicherungsabgaben, Soli und Kirchensteuer. Ich finde, er kann von uns erwarten, dass wir ihn unterstützen und nicht gängeln. All dies wird uns stärker aus der Krise herauskommen lassen, als wir hinein gegangen sind.

Was heißt das für die CDU als große Volkspartei in Deutschland? Was heißt das für uns in der CDU für diese Zeit der Krise und für die Zeit danach? Das heißt, dass wir nicht in den Wettlauf um die schönsten Versprechungen einsteigen, sondern uns immer fragen: Was

bedeutet unser Handeln für die nächste Generation? Das heißt, dass wir den Menschen vor der Wahl sagen werden, welche Schwerpunkte politischen Handelns sich ergeben.

Und wir sagen den Menschen, dass wir mehr Zusammenhalt brauchen als nur materielle Werte. Das Christliche Menschenbild schützt die Würde des Menschen ohne Wenn und Aber. Das heißt, Anfang und Ende des Lebens sind zu schützen. Deshalb kämpft die CDU für eine veränderte Rechtslage bei Spätabtreibungen. Deshalb lehnen wir eine Änderung des Embryonenschutzgesetzes ab. Deshalb wird es mit uns aktive Sterbehilfe nicht geben.

Die CDU ist die Partei der Freiheit. Unsere Art zu leben gründet sich darauf, von der Verantwortung der Menschen als Bürger in der Gemeinschaft auszugehen und sie zu stärken. Wir trauen den Menschen etwas zu. Das schließt den Missbrauch der individuellen Freiheit aus. Es bedeutet, sich selbst immer als Teil des Ganzen zu verstehen. Mit allen Rechten und Pflichten. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Das ist unser Verständnis von Freiheit. Es ist die Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung.

Die CDU steht für die Bewahrung des Bewährten: Modernität wird allzu häufig mit Beliebigkeit verwechselt. Nehmen wir den verfassungsrechtlichen Schutz von Ehe und Familie als Beispiel. Andere wollen das Ehegattensplitting abschaffen, weil sie meinen, es passe nicht mehr in die Zeit. Wir sagen: Der Schutz von Ehe und Familie muss sich auch in der gelebten Wirklichkeit der Menschen zeigen. Dauerhafte Verantwortung füreinander muss unterstützt werden. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting erhalten und es zu einem Familiensplitting weiter entwickeln.

Die CDU steht für Erneuerung: Was sich nicht bewährt, verändern wir. Wenn neue Herausforderungen neue Antworten verlangen, liefern wir sie. Die CDU steht an der Seite von Wissenschaft und Forschung, an der Seite von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, von Tüftlern und Ingenieuren. Wir wollen ein neugieriges Deutschland, das aufgeschlossen statt eingeschlossen ist.

Die CDU steht für den Zusammenhalt der Gesellschaft: Heute geht es nicht mehr um den Kampf „unten gegen oben“. Heute heißt es: Wie können wir Treppen von unten nach oben bauen? Durchlässigkeit, Unabhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern, Chancengerechtigkeit – darum geht es! Dafür steht die CDU.

Wir bekennen uns zu unseren konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln. Die CDU ist nicht von jedem ein bisschen, sondern alles in einem. Keine dieser Wurzeln ist die

alleinig Bestimmende. Man kann sie nicht und darf sie nicht gegeneinander ausspielen. Die Verbindung, die sich daraus ergibt, ist christlich-demokratisch.

Damit wir auch den 70igsten Geburtstag unserer Bundesrepublik in 10 Jahren auch als glückliches Ereignis feiern können, bedeutet das für die Arbeit der nächsten Jahre:

Die Soziale Marktwirtschaft braucht nach innen ein Leitbild für eine nachhaltige Unternehmensführung. Sie muss die mittelständischen Unternehmen besonders unterstützen. Die Soziale Marktwirtschaft muss ein Exportschlager werden. Wir werden eine globale Ordnung des Wirtschaftens entwerfen. Deshalb setze ich mich für einen Weltwirtschaftsrat und eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften ein.

Unsere Bundesrepublik muss eine Bildungsrepublik werden. Der Zusammenhalt der Generationen muss in einer alternden Gesellschaft gestärkt werden. Unser Wachstum muss nachhaltig und qualitativ sein, insbesondere im Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Wir glauben an das Mittun jedes Einzelnen, weil wir von der Kraft der Freiheit in Verantwortung überzeugt sind. Wir schützen die Würde jedes einzelnen Menschen vom Anfang bis zum Ende seines Lebens.

So werden wir die Krise nicht nur überwinden, so wird sie uns stark machen für die Zukunft. Und so werden wir in zehn Jahren sagen können: Wir haben das Erbe der Gründer dieser Bundesrepublik Deutschland gut verwaltet, weil wir eine Partei mit Werten und Richtungen sind.